



Foto: Axel Hindemith CC BY-SA 3.0

STIFTUNG GEDENKSTÄTTEN

BUCHENWALD UND MITTELBAU-DORA

Wie die AfD zur Gedenkstättenarbeit in Thüringen steht, hat sie nach der Wahl mehr als einmal deutlich gezeigt. So klagte sie etwa vor dem Verwaltungsgericht Weimar gegen die Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora, weil diese vor der Wahl öffentlich vor den geschichtsrévisionistischen Positionen der AfD gewarnt hat. Erfreulicherweise wies das Gericht die Klage ab und befürwortete ausdrücklich, dass es für die Gedenkstätten keine Neutralität geben kann, wenn die Würde der NS-Opfer in Frage gestellt wird. Es folgte eine kleine Anfrage im Landtag, welche Gelder für welche Veranstaltungen zum 80. Jahrestag der Befreiung der KZs Buchenwald und Mittelbau-Dora im April 2025 vorgesehen seien. Der Subtext für die eigene Klientel: Das Geld kann man besser für andere Zwecke ausgeben.

Der wertige Unterschied hat mit historischen Kenntnissen zu tun: Anders als die Zeitgenossen des Jahres 1933 wissen wir, wie das damals ausgegangen ist. Und das verpflichtet uns, wachsam zu sein, um die demokratischen Parteien im Thüringer Landtag zu unterstützen und zu veranlassen, Ob sich die Abgeordneten dieser extremen zu unterlassen, jegliche Zusammenarbeit mit den Rechts- und demagogischen Parteien im Thüringer Landtag zu vermeiden. Anders als die Zeitgenossen des Jahres 1933 wissen wir, wie das damals ausgegangen ist. Und das verpflichtet uns, wachsam zu sein, um die demokratischen Parteien im Thüringer Landtag zu unterstützen und zu veranlassen, Ob sich die Abgeordneten dieser extremen zu unterlassen, jegliche Zusammenarbeit mit den Rechts- und demagogischen Parteien im Thüringer Landtag zu vermeiden.

Der dritte Unterschied: Anfang der 1930er Jahre herrschte in Deutschland infolge der Weltwirtschaftskrise blanke Not. Heute gibt es – bei allen Problemen – den meisten Deutschen so gut wie noch nie. Die AfD ist ein Verband für jüdische Opfer- und Informationsarbeit, der LOBBI e.V., Landesweite Opferberatung „Support für Betroffene rechter Gewalt“ (SLG) in Thüringen, Sachsen-Anhalt und Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern) unterstützt und begleitet Menschen, die Opfer rechter Gewalt geworden sind bereits seit 2001. Das Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ) in Thüringen ist eine Forschungsrichtung, die sich mit den Themen Rechts- und Menschenfeindlichkeit und extremismus, gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und demokratische Kultur beschäftigt. Das Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ) in Thüringen ist eine Forschungsrichtung, die sich mit den Themen Rechts- und Menschenfeindlichkeit und extremismus, gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und demokratische Kultur beschäftigt.

Nun ist die AfD trotz aller ideologischen Ähnlichkeiten keine NSDAP 2.0, zumindest noch nicht. 2024 ist nicht gleich 1933. Die Unterschiede liegen aber weniger in der Programmatik der beiden Parteien als im historischen Kontext. Die Weimarer Republik stand nicht nur unter Beschuss durch die nationalsozialistische KPD, sondern auch von links, nämlich durch die sozialistische KPD. Diese Gefahr gibt es heute nicht. Der zweite Unterschied: Weimar war eine Republik ohne Republikaner*innen. Heute stehen die meisten Menschen in Deutschland und auch in Thüringen fest auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Vergessen wir nicht: 70 Prozent der Thüringer haben die AfD nicht gewählt. Deutschland ist ein Land, das die Demokratie nicht aufgibt. Die AfD ist ein Verband für jüdische Opfer- und Informationsarbeit, der LOBBI e.V., Landesweite Opferberatung „Support für Betroffene rechter Gewalt“ (SLG) in Thüringen, Sachsen-Anhalt und Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern) unterstützt und begleitet Menschen, die Opfer rechter Gewalt geworden sind bereits seit 2001.

Dennoch werden oft Stimmen außen vor gelassen, die der rechtsextremen Landnahme trotzen. Denn während die Zahl der menschenfeindlichen Übergriffe steigt, bangen ostdeutsche Beratungsstellen und soziale Träger um ihre Finanzierung und somit Zukunft. Diese Einrichtungen sind wichtige Anlaufstellen für Beratung, sozialen Austausch und schlicht Hilfe für Menschen, die Opfer antisemitischer und rassistischer Gewalt werden. Zwischen Hoffnungslosigkeit und Engagement

Für dieses Falblatt wurden Ende 2024 zahlreiche antisemitismus- und rassismuskritische Initiativen, Gedenkstätten und Vereine in Ostdeutschland für ein Stimmungsbild nach den AfD-Wahlerfolgen angefragt – nur wenige haben die Zeit gefunden zu antworten nicht zuletzt auch sicherlich wegen der unsicheren Finanzierungslage 2025.

Die Normalisierung rechtsextremer Narrative

Die Etablierung der AfD ebnet den Weg für gewaltbereite, neonazistische Parteien, die vor allem in Ostdeutschland langsam aber sicher an Bedeutung gewinnen. Während die AfD inzwischen unverblümt ihre demokratiefeindlichen Positionen kommuniziert, versucht die Jugendorganisation von *Der Dritte Weg*, *Nationalrevolutionäre Jugend* (NRJ) mittlerweile seit mehreren Jahren mit sogenannten „Schulhofkampagnen“ vor Brandenburger und Berliner Schulen Jugendliche für rechtsextreme Positionen zu begeistern und somit als zukünftige Wähler*innen zu etablieren. Dass diese Offensive bereits Wirkung zeigt, unterstreicht die Altersanalyse der Landtagswahlen 2024. Hier war die AfD die stärkste Kraft bei Jungwähler*innen in Brandenburg, Sachsen und Thüringen.

Der damalige AfD-Bundesvorsitzende Alexander Gauland bezeichnete 2018 den Nationalsozialismus als „Vogelschiss in der deutschen Geschichte“. Mittlerweile findet sich diese Einstellung in den AfD-Wahlprogrammen deutlich wieder: Antisemitismus ist Nebenache, NGOs, „eine Gefahr für die Demokratie“. Gleichzeitig ist die Zahl antisemitischer Vorfälle nach RIAS (*Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus*) auf einem Höchststand. Doch Betroffenenperspektiven und -bedürfnisse, Erinnerungskultur sowie Antisemitismusbekämpfung spielen im Ostdeutschland der AfD keine Rolle.

Und jetzt!?

Die Stimmung der für unser Falblatt angefragten Initiativen ist entmutigt, skeptisch und verunsichert. Viele erzählen von einem Gefühl der Schutzlosigkeit, was durch die Normalisierung rechtsextremer Positionen geignet und gestützt wird. Letztendlich wird dieses Gefühl mit dem Anstieg von Vorfällen bestätigt, wie zum Beispiel RIAS Thüringen zeigt: rund 25% mehr antisemitische Vorfälle von 2023 auf 2024 als das Jahr zuvor.

Schaut auf unsere Landkarte, was die Initiativen zu sagen haben! Engagiert euch gegen Antisemitismus und Rechtsextremismus!

Auf unserer Website findet ihr die ausführlichen Texte und Statements.



QR code linking to the website for more information.

Die Lage ist ernst, aber nicht hoffnungslos: Schwere Zeiten in Thüringen

Ein Text von Prof. Dr. Jens-Christian Wagner, Leiter der Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau Dora in Weimar.

Fast 33 Prozent der gültigen Stimmen entfielen bei der Landtagswahl 2024 in Thüringen auf die AfD. Für die Gedenkstätten war es ein bitteres Ergebnis. Nationalistisch verhaltenden Politiker*innen der AfD die NS-Verbrechen und diskreditieren die Erinnerungskultur und damit auch die in den Gedenkstätten als „Schuldkultur“, dahinter steht die geschichtsrévisionistische Legende, die Auseinandersetzung mit den NS-Verbrechen und die Würdigung ihrer Opfer dienen „fremden Mächten“, vorzugsweise „den Juden“, dazu, Deutschland klein zu halten bzw. seine „Selbstfindung“ zu verhindern, wie der Thüringer AfD-Chef Höcke im Sommer 2024 auf X schrieb. Höcke ist es auch, der ständig von „raumfremden Mächten“, räumt, die aus Deutschland weitrücken werden müssten. Raumfremde Mächte – das ist ein Begriff, den der NS-Staatsrechtler Carl Schmitt 1941 eingeführt hat, mitten im Zweiten Weltkrieg.

Dass die AfD ausgerechnet in Thüringen erstmals stärkste Kraft wurde, ist bitter und weckt historische Assoziationen, blicken wir Nationalsozialisten und 1932 die erste NSDAP-geführte Landesregierung, Thüringen, von den Nazis als „Schutz- und Trutzgau“ bezeichnet. Thüringen ein Experimentierfeld und Sprungbrett auf dem Weg zur Macht in ganz Deutschland.

Das Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ) in Thüringen ist eine Forschungsrichtung, die sich mit den Themen Rechts- und Menschenfeindlichkeit und extremismus, gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und demokratische Kultur beschäftigt. Das Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ) in Thüringen ist eine Forschungsrichtung, die sich mit den Themen Rechts- und Menschenfeindlichkeit und extremismus, gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und demokratische Kultur beschäftigt.

Nun ist die AfD trotz aller ideologischen Ähnlichkeiten keine NSDAP 2.0, zumindest noch nicht. 2024 ist nicht gleich 1933. Die Unterschiede liegen aber weniger in der Programmatik der beiden Parteien als im historischen Kontext. Die Weimarer Republik stand nicht nur unter Beschuss durch die nationalsozialistische KPD, sondern auch von links, nämlich durch die sozialistische KPD. Diese Gefahr gibt es heute nicht. Der zweite Unterschied: Weimar war eine Republik ohne Republikaner*innen. Heute stehen die meisten Menschen in Deutschland und auch in Thüringen fest auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Vergessen wir nicht: 70 Prozent der Thüringer haben die AfD nicht gewählt. Deutschland ist ein Land, das die Demokratie nicht aufgibt. Die AfD ist ein Verband für jüdische Opfer- und Informationsarbeit, der LOBBI e.V., Landesweite Opferberatung „Support für Betroffene rechter Gewalt“ (SLG) in Thüringen, Sachsen-Anhalt und Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern) unterstützt und begleitet Menschen, die Opfer rechter Gewalt geworden sind bereits seit 2001.

Dennoch werden oft Stimmen außen vor gelassen, die der rechtsextremen Landnahme trotzen. Denn während die Zahl der menschenfeindlichen Übergriffe steigt, bangen ostdeutsche Beratungsstellen und soziale Träger um ihre Finanzierung und somit Zukunft. Diese Einrichtungen sind wichtige Anlaufstellen für Beratung, sozialen Austausch und schlicht Hilfe für Menschen, die Opfer antisemitischer und rassistischer Gewalt werden. Zwischen Hoffnungslosigkeit und Engagement

Für dieses Falblatt wurden Ende 2024 zahlreiche antisemitismus- und rassismuskritische Initiativen, Gedenkstätten und Vereine in Ostdeutschland für ein Stimmungsbild nach den AfD-Wahlerfolgen angefragt – nur wenige haben die Zeit gefunden zu antworten nicht zuletzt auch sicherlich wegen der unsicheren Finanzierungslage 2025.

Die Etablierung der AfD ebnet den Weg für gewaltbereite, neonazistische Parteien, die vor allem in Ostdeutschland langsam aber sicher an Bedeutung gewinnen. Während die AfD inzwischen unverblümt ihre demokratiefeindlichen Positionen kommuniziert, versucht die Jugendorganisation von *Der Dritte Weg*, *Nationalrevolutionäre Jugend* (NRJ) mittlerweile seit mehreren Jahren mit sogenannten „Schulhofkampagnen“ vor Brandenburger und Berliner Schulen Jugendliche für rechtsextreme Positionen zu begeistern und somit als zukünftige Wähler*innen zu etablieren. Dass diese Offensive bereits Wirkung zeigt, unterstreicht die Altersanalyse der Landtagswahlen 2024. Hier war die AfD die stärkste Kraft bei Jungwähler*innen in Brandenburg, Sachsen und Thüringen.

Der damalige AfD-Bundesvorsitzende Alexander Gauland bezeichnete 2018 den Nationalsozialismus als „Vogelschiss in der deutschen Geschichte“. Mittlerweile findet sich diese Einstellung in den AfD-Wahlprogrammen deutlich wieder: Antisemitismus ist Nebenache, NGOs, „eine Gefahr für die Demokratie“. Gleichzeitig ist die Zahl antisemitischer Vorfälle nach RIAS (*Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus*) auf einem Höchststand. Doch Betroffenenperspektiven und -bedürfnisse, Erinnerungskultur sowie Antisemitismusbekämpfung spielen im Ostdeutschland der AfD keine Rolle.

Sicher, der Kampf gegen Antisemitismus kann frustrierend sein. Aber ihr macht das nicht allein! Je mehr wir sind, desto besser! Denn die nächste Wahl kommt – macht einen Unterschied!

5. Sucht euch Verbündete unter euren Kolleg*innen, Kommiliton*innen, im Sportverein oder Familie. Antisemitismus darf nicht folgenlos bleiben!

4. Unterstützt Initiativen vor Ort. **Seid selbst die Initiative!** Spender, wenn ihr könnt, aber vor allem euer Engagement nicht machen. Organisiert an eurer Universität einen Thementag gegen Antisemitismus! Ihr habt einen riesigen Einflussbereich – nutzt ihn! Ergrift Partei für die Welt, in der ihr leben wollt!

3. Gerade in Zeiten, in denen rechtsextreme Positionen normalisiert werden, heißt es: Zeigt Haltung! Ob am Küchenisch, auf der Arbeit oder in der Straßenbahn, ob Antisemitismus, Antisemitismuskritische Organisationen sichtbar machen. Organisiert an eurer Universität einen Thementag gegen Antisemitismus! Ihr habt einen riesigen Einflussbereich – nutzt ihn! Ergrift Partei für die Welt, in der ihr leben wollt!

2. Hört Betroffenen zu und macht ihre Perspektiven sichtbar! Jüdinnen*Juden sind täglichlich Angriffen ausgesetzt. Jüdisches Leben wird dadurch in Deutschland immer unsichtbarer – geht dadurch immer davon aus, dass Betroffene in euren Räumen anwesend sind, ob ihr es wahrnimmt oder nicht. 80 Jahre nach Kriegsende darf „Nie wieder ist jetzt“ nicht zur leeren Floskel verkommen!

1. Seid solidarisch! Zeigt Opfern von Antisemitismus, von Rechtsextremismus und Islamismus, dass sie nicht alleine sind! Greift ein, verbindet euch gegen die Angriffe, und fragt nach, wie ihr unterstützen könnt. Macht in eurem Umfeld aufmerksamkeit auf den Vorfälle, kontaktiert die Presse, haltet Kundgebungen ab, organisiert euch in Initiativen. Traut euch!

Jetzt das! Was ihr gegen Antisemitismus tun könnt

Das Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ) in Thüringen ist eine Forschungsrichtung, die sich mit den Themen Rechts- und Menschenfeindlichkeit und extremismus, gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und demokratische Kultur beschäftigt.

Die Amadeu Antonio Stiftung ...

UNTERSTÜTZT Betroffene antisemitischer, rassistischer und rechter Gewalt. Die Perspektiven von Betroffenen werden konsequent auf die Agenda gesetzt – ob auf der Straße oder im Bundestag.

FÖRDERT bundesweit Projekte, die sich für eine demokratische Zivilgesellschaft stark machen. Besonders im ländlichen Raum.

FORSCHT und **MONITORT** zu den Themen Antisemitismus, Rechtsextremismus und Rassismus. Fachwissen, das in Studien, Publikationen und Beratung, aber auch in konkrete Forderungen an die Politik einfließt.

SORGT für Öffentlichkeit: durch Pressearbeit, das Engagement von Belltower.News, der journalistischen Plattform der Amadeu Antonio Stiftung, durch pädagogische Arbeit und (Fort-)Bildung für Multiplikator*innen.

Spende und mache Engagement möglich!

Oft scheitern Bemühungen im Kampf gegen Antisemitismus und Menschenfeindlichkeit am Geld. Weil es nicht da ist, wo es gebraucht wird. Wenn du eine antisemitismuskritische Initiative in deinem Umkreis kennst, kannst du an sie spenden. Mit einer Spende an die Amadeu Antonio Stiftung kannst du die Arbeit gegen Antisemitismus in ganz Deutschland unterstützen.

Amadeu Antonio Stiftung
GLS Gemeinschaftsbank eG
IBAN: DE32 4306 0967 6005 0000 00
SWIFT-BIC: GENODEM1GLS



QR code linking to the website for more information.

Bildungs- und Aktionswochen gegen Antisemitismus

Ein gemeinsames Projekt von



Gefördert durch:



Beauftragter der Bundesregierung für jüdisches Leben und den Kampf gegen Antisemitismus

aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages

Das Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ) in Thüringen ist eine Forschungsrichtung, die sich mit den Themen Rechts- und Menschenfeindlichkeit und extremismus, gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und demokratische Kultur beschäftigt.

Nun ist die AfD trotz aller ideologischen Ähnlichkeiten keine NSDAP 2.0, zumindest noch nicht. 2024 ist nicht gleich 1933. Die Unterschiede liegen aber weniger in der Programmatik der beiden Parteien als im historischen Kontext. Die Weimarer Republik stand nicht nur unter Beschuss durch die nationalsozialistische KPD, sondern auch von links, nämlich durch die sozialistische KPD. Diese Gefahr gibt es heute nicht. Der zweite Unterschied: Weimar war eine Republik ohne Republikaner*innen. Heute stehen die meisten Menschen in Deutschland und auch in Thüringen fest auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Vergessen wir nicht: 70 Prozent der Thüringer haben die AfD nicht gewählt. Deutschland ist ein Land, das die Demokratie nicht aufgibt. Die AfD ist ein Verband für jüdische Opfer- und Informationsarbeit, der LOBBI e.V., Landesweite Opferberatung „Support für Betroffene rechter Gewalt“ (SLG) in Thüringen, Sachsen-Anhalt und Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern) unterstützt und begleitet Menschen, die Opfer rechter Gewalt geworden sind bereits seit 2001.

Dennoch werden oft Stimmen außen vor gelassen, die der rechtsextremen Landnahme trotzen. Denn während die Zahl der menschenfeindlichen Übergriffe steigt, bangen ostdeutsche Beratungsstellen und soziale Träger um ihre Finanzierung und somit Zukunft. Diese Einrichtungen sind wichtige Anlaufstellen für Beratung, sozialen Austausch und schlicht Hilfe für Menschen, die Opfer antisemitischer und rassistischer Gewalt werden. Zwischen Hoffnungslosigkeit und Engagement

Für dieses Falblatt wurden Ende 2024 zahlreiche antisemitismus- und rassismuskritische Initiativen, Gedenkstätten und Vereine in Ostdeutschland für ein Stimmungsbild nach den AfD-Wahlerfolgen angefragt – nur wenige haben die Zeit gefunden zu antworten nicht zuletzt auch sicherlich wegen der unsicheren Finanzierungslage 2025.

Die Etablierung der AfD ebnet den Weg für gewaltbereite, neonazistische Parteien, die vor allem in Ostdeutschland langsam aber sicher an Bedeutung gewinnen. Während die AfD inzwischen unverblümt ihre demokratiefeindlichen Positionen kommuniziert, versucht die Jugendorganisation von *Der Dritte Weg*, *Nationalrevolutionäre Jugend* (NRJ) mittlerweile seit mehreren Jahren mit sogenannten „Schulhofkampagnen“ vor Brandenburger und Berliner Schulen Jugendliche für rechtsextreme Positionen zu begeistern und somit als zukünftige Wähler*innen zu etablieren. Dass diese Offensive bereits Wirkung zeigt, unterstreicht die Altersanalyse der Landtagswahlen 2024. Hier war die AfD die stärkste Kraft bei Jungwähler*innen in Brandenburg, Sachsen und Thüringen.

Der damalige AfD-Bundesvorsitzende Alexander Gauland bezeichnete 2018 den Nationalsozialismus als „Vogelschiss in der deutschen Geschichte“. Mittlerweile findet sich diese Einstellung in den AfD-Wahlprogrammen deutlich wieder: Antisemitismus ist Nebenache, NGOs, „eine Gefahr für die Demokratie“. Gleichzeitig ist die Zahl antisemitischer Vorfälle nach RIAS (*Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus*) auf einem Höchststand. Doch Betroffenenperspektiven und -bedürfnisse, Erinnerungskultur sowie Antisemitismusbekämpfung spielen im Ostdeutschland der AfD keine Rolle.

Nun ist die AfD trotz aller ideologischen Ähnlichkeiten keine NSDAP 2.0, zumindest noch nicht. 2024 ist nicht gleich 1933. Die Unterschiede liegen aber weniger in der Programmatik der beiden Parteien als im historischen Kontext. Die Weimarer Republik stand nicht nur unter Beschuss durch die nationalsozialistische KPD, sondern auch von links, nämlich durch die sozialistische KPD. Diese Gefahr gibt es heute nicht. Der zweite Unterschied: Weimar war eine Republik ohne Republikaner*innen. Heute stehen die meisten Menschen in Deutschland und auch in Thüringen fest auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Vergessen wir nicht: 70 Prozent der Thüringer haben die AfD nicht gewählt. Deutschland ist ein Land, das die Demokratie nicht aufgibt. Die AfD ist ein Verband für jüdische Opfer- und Informationsarbeit, der LOBBI e.V., Landesweite Opferberatung „Support für Betroffene rechter Gewalt“ (SLG) in Thüringen, Sachsen-Anhalt und Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern) unterstützt und begleitet Menschen, die Opfer rechter Gewalt geworden sind bereits seit 2001.

Dennoch werden oft Stimmen außen vor gelassen, die der rechtsextremen Landnahme trotzen. Denn während die Zahl der menschenfeindlichen Übergriffe steigt, bangen ostdeutsche Beratungsstellen und soziale Träger um ihre Finanzierung und somit Zukunft. Diese Einrichtungen sind wichtige Anlaufstellen für Beratung, sozialen Austausch und schlicht Hilfe für Menschen, die Opfer antisemitischer und rassistischer Gewalt werden. Zwischen Hoffnungslosigkeit und Engagement

Für dieses Falblatt wurden Ende 2024 zahlreiche antisemitismus- und rassismuskritische Initiativen, Gedenkstätten und Vereine in Ostdeutschland für ein Stimmungsbild nach den AfD-Wahlerfolgen angefragt – nur wenige haben die Zeit gefunden zu antworten nicht zuletzt auch sicherlich wegen der unsicheren Finanzierungslage 2025.

Die Etablierung der AfD ebnet den Weg für gewaltbereite, neonazistische Parteien, die vor allem in Ostdeutschland langsam aber sicher an Bedeutung gewinnen. Während die AfD inzwischen unverblümt ihre demokratiefeindlichen Positionen kommuniziert, versucht die Jugendorganisation von *Der Dritte Weg*, *Nationalrevolutionäre Jugend* (NRJ) mittlerweile seit mehreren Jahren mit sogenannten „Schulhofkampagnen“ vor Brandenburger und Berliner Schulen Jugendliche für rechtsextreme Positionen zu begeistern und somit als zukünftige Wähler*innen zu etablieren. Dass diese Offensive bereits Wirkung zeigt, unterstreicht die Altersanalyse der Landtagswahlen 2024. Hier war die AfD die stärkste Kraft bei Jungwähler*innen in Brandenburg, Sachsen und Thüringen.

Der damalige AfD-Bundesvorsitzende Alexander Gauland bezeichnete 2018 den Nationalsozialismus als „Vogelschiss in der deutschen Geschichte“. Mittlerweile findet sich diese Einstellung in den AfD-Wahlprogrammen deutlich wieder: Antisemitismus ist Nebenache, NGOs, „eine Gefahr für die Demokratie“. Gleichzeitig ist die Zahl antisemitischer Vorfälle nach RIAS (*Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus*) auf einem Höchststand. Doch Betroffenenperspektiven und -bedürfnisse, Erinnerungskultur sowie Antisemitismusbekämpfung spielen im Ostdeutschland der AfD keine Rolle.

Nun ist die AfD trotz aller ideologischen Ähnlichkeiten keine NSDAP 2.0, zumindest noch nicht. 2024 ist nicht gleich 1933. Die Unterschiede liegen aber weniger in der Programmatik der beiden Parteien als im historischen Kontext. Die Weimarer Republik stand nicht nur unter Beschuss durch die nationalsozialistische KPD, sondern auch von links, nämlich durch die sozialistische KPD. Diese Gefahr gibt es heute nicht. Der zweite Unterschied: Weimar war eine Republik ohne Republikaner*innen. Heute stehen die meisten Menschen in Deutschland und auch in Thüringen fest auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Vergessen wir nicht: 70 Prozent der Thüringer haben die AfD nicht gewählt. Deutschland ist ein Land, das die Demokratie nicht aufgibt. Die AfD ist ein Verband für jüdische Opfer- und Informationsarbeit, der LOBBI e.V., Landesweite Opferberatung „Support für Betroffene rechter Gewalt“ (SLG) in Thüringen, Sachsen-Anhalt und Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern) unterstützt und begleitet Menschen, die Opfer rechter Gewalt geworden sind bereits seit 2001.

Dennoch werden oft Stimmen außen vor gelassen, die der rechtsextremen Landnahme trotzen. Denn während die Zahl der menschenfeindlichen Übergriffe steigt, bangen ostdeutsche Beratungsstellen und soziale Träger um ihre Finanzierung und somit Zukunft. Diese Einrichtungen sind wichtige Anlaufstellen für Beratung, sozialen Austausch und schlicht Hilfe für Menschen, die Opfer antisemitischer und rassistischer Gewalt werden. Zwischen Hoffnungslosigkeit und Engagement

Für dieses Falblatt wurden Ende 2024 zahlreiche antisemitismus- und rassismuskritische Initiativen, Gedenkstätten und Vereine in Ostdeutschland für ein Stimmungsbild nach den AfD-Wahlerfolgen angefragt – nur wenige haben die Zeit gefunden zu antworten nicht zuletzt auch sicherlich wegen der unsicheren Finanzierungslage 2025.

Die Etablierung der AfD ebnet den Weg für gewaltbereite, neonazistische Parteien, die vor allem in Ostdeutschland langsam aber sicher an Bedeutung gewinnen. Während die AfD inzwischen unverblümt ihre demokratiefeindlichen Positionen kommuniziert, versucht die Jugendorganisation von *Der Dritte Weg*, *Nationalrevolutionäre Jugend* (NRJ) mittlerweile seit mehreren Jahren mit sogenannten „Schulhofkampagnen“ vor Brandenburger und Berliner Schulen Jugendliche für rechtsextreme Positionen zu begeistern und somit als zukünftige Wähler*innen zu etablieren. Dass diese Offensive bereits Wirkung zeigt, unterstreicht die Altersanalyse der Landtagswahlen 2024. Hier war die AfD die stärkste Kraft bei Jungwähler*innen in Brandenburg, Sachsen und Thüringen.

Der damalige AfD-Bundesvorsitzende Alexander Gauland bezeichnete 2018 den Nationalsozialismus als „Vogelschiss in der deutschen Geschichte“. Mittlerweile findet sich diese Einstellung in den AfD-Wahlprogrammen deutlich wieder: Antisemitismus ist Nebenache, NGOs, „eine Gefahr für die Demokratie“. Gleichzeitig ist die Zahl antisemitischer Vorfälle nach RIAS (*Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus*) auf einem Höchststand. Doch Betroffenenperspektiven und -bedürfnisse, Erinnerungskultur sowie Antisemitismusbekämpfung spielen im Ostdeutschland der AfD keine Rolle.

Nun ist die AfD trotz aller ideologischen Ähnlichkeiten keine NSDAP 2.0, zumindest noch nicht. 2024 ist nicht gleich 1933. Die Unterschiede liegen aber weniger in der Programmatik der beiden Parteien als im historischen Kontext. Die Weimarer Republik stand nicht nur unter Beschuss durch die nationalsozialistische KPD, sondern auch von links, nämlich durch die sozialistische KPD. Diese Gefahr gibt es heute nicht. Der zweite Unterschied: Weimar war eine Republik ohne Republikaner*innen. Heute stehen die meisten Menschen in Deutschland und auch in Thüringen fest auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Vergessen wir nicht: 70 Prozent der Thüringer haben die AfD nicht gewählt. Deutschland ist ein Land, das die Demokratie nicht aufgibt. Die AfD ist ein Verband für jüdische Opfer- und Informationsarbeit, der LOBBI e.V., Landesweite Opferberatung „Support für Betroffene rechter Gewalt“ (SLG) in Thüringen, Sachsen-Anhalt und Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern) unterstützt und begleitet Menschen, die Opfer rechter Gewalt geworden sind bereits seit 2001.

Dennoch werden oft Stimmen außen vor gelassen, die der rechtsextremen Landnahme trotzen. Denn während die Zahl der menschenfeindlichen Übergriffe steigt, bangen ostdeutsche Beratungsstellen und soziale Träger um ihre Finanzierung und somit Zukunft. Diese Einrichtungen sind wichtige Anlaufstellen für Beratung, sozialen Austausch und schlicht Hilfe für Menschen, die Opfer antisemitischer und rassistischer Gewalt werden. Zwischen Hoffnungslosigkeit und Engagement

Für dieses Falblatt wurden Ende 2024 zahlreiche antisemitismus- und rassismuskritische Initiativen, Gedenkstätten und Vereine in Ostdeutschland für ein Stimmungsbild nach den AfD-Wahlerfolgen angefragt – nur wenige haben die Zeit gefunden zu antworten nicht zuletzt auch sicherlich wegen der unsicheren Finanzierungslage 2025.

Die Etablierung der AfD ebnet den Weg für gewaltbereite, neonazistische Parteien, die vor allem in Ostdeutschland langsam aber sicher an Bedeutung gewinnen. Während die AfD inzwischen unverblümt ihre demokratiefeindlichen Positionen kommuniziert, versucht die Jugendorganisation von *Der Dritte Weg*, *Nationalrevolutionäre Jugend* (NRJ) mittlerweile seit mehreren Jahren mit sogenannten „Schulhofkampagnen“ vor Brandenburger und Berliner Schulen Jugendliche für rechtsextreme Positionen zu begeistern und somit als zukünftige Wähler*innen zu etablieren. Dass diese Offensive bereits Wirkung zeigt, unterstreicht die Altersanalyse der Landtagswahlen 2024. Hier war die AfD die stärkste Kraft bei Jungwähler*innen in Brandenburg, Sachsen und Thüringen.

Der damalige AfD-Bundesvorsitzende Alexander Gauland bezeichnete 2018 den Nationalsozialismus als „Vogelschiss in der deutschen Geschichte“. Mittlerweile findet sich diese Einstellung in den AfD-Wahlprogrammen deutlich wieder: Antisemitismus ist Nebenache, NGOs, „eine Gefahr für die Demokratie“. Gleichzeitig ist die Zahl antisemitischer Vorfälle nach RIAS (*Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus*) auf einem Höchststand. Doch Betroffenenperspektiven und -bedürfnisse, Erinnerungskultur sowie Antisemitismusbekämpfung spielen im Ostdeutschland der AfD keine Rolle.

Nun ist die AfD trotz aller ideologischen Ähnlichkeiten keine NSDAP 2.0, zumindest noch nicht. 2024 ist nicht gleich 1933. Die Unterschiede liegen aber weniger in der Programmatik der beiden Parteien als im historischen Kontext. Die Weimarer Republik stand nicht nur unter Beschuss durch die nationalsozialistische KPD, sondern auch von links, nämlich durch die sozialistische KPD. Diese Gefahr gibt es heute nicht. Der zweite Unterschied: Weimar war eine Republik ohne Republikaner*innen. Heute stehen die meisten Menschen in Deutschland und auch in Thüringen fest auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Vergessen wir nicht: 70 Prozent der Thüringer haben die AfD nicht gewählt. Deutschland ist ein Land, das die Demokratie nicht aufgibt. Die AfD ist ein Verband für jüdische Opfer- und Informationsarbeit, der LOBBI e.V., Landesweite Opferberatung „Support für Betroffene rechter Gewalt“ (SLG) in Thüringen, Sachsen-Anhalt und Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern) unterstützt und begleitet Menschen, die Opfer rechter Gewalt geworden sind bereits seit 2001.

Dennoch werden oft Stimmen außen vor gelassen, die der rechtsextremen Landnahme trotzen. Denn während die Zahl der menschenfeindlichen Übergriffe steigt, bangen ostdeutsche Beratungsstellen und soziale Träger um ihre Finanzierung und somit Zukunft. Diese Einrichtungen sind wichtige Anlaufstellen für Beratung, sozialen Austausch und schlicht Hilfe für Menschen, die Opfer antisemitischer und rassistischer Gewalt werden. Zwischen Hoffnungslosigkeit und Engagement

Für dieses Falblatt wurden Ende 2024 zahlreiche antisemitismus- und rassismuskritische Initiativen, Gedenkstätten und Vereine in Ostdeutschland für ein Stimmungsbild nach den AfD-Wahlerfolgen angefragt – nur wenige haben die Zeit gefunden zu antworten nicht zuletzt auch sicherlich wegen der unsicheren Finanzierungslage 2025.

Die Etablierung der AfD ebnet den Weg für gewaltbereite, neonazistische Parteien, die vor allem in Ostdeutschland langsam aber sicher an Bedeutung gewinnen. Während die AfD inzwischen unverblümt ihre demokratiefeindlichen Positionen kommuniziert, versucht die Jugendorganisation von *Der Dritte Weg*, *Nationalrevolutionäre Jugend* (NRJ) mittlerweile seit mehreren Jahren mit sogenannten „Schulhofkampagnen“ vor Brandenburger und Berliner Schulen Jugendliche für rechtsextreme Positionen zu begeistern und somit als zukünftige Wähler*innen zu etablieren. Dass diese Offensive bereits Wirkung zeigt, unterstreicht die Altersanalyse der Landtagswahlen 2024. Hier war die AfD die stärkste Kraft bei Jungwähler*innen in Brandenburg, Sachsen und Thüringen.

Der damalige AfD-Bundesvorsitzende Alexander Gauland bezeichnete 2018 den Nationalsozialismus als „Vogelschiss in der deutschen Geschichte“. Mittlerweile findet sich diese Einstellung in den AfD-Wahlprogrammen deutlich wieder: Antisemitismus ist Nebenache, NGOs, „eine Gefahr für die Demokratie“. Gleichzeitig ist die Zahl antisemitischer Vorfälle nach RIAS (*Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus*) auf einem Höchststand. Doch Betroffenenperspektiven und -bedürfnisse, Erinnerungskultur sowie Antisemitismusbekämpfung spielen im Ostdeutschland der AfD keine Rolle.

Nun ist die AfD trotz aller ideologischen Ähnlichkeiten keine NSDAP 2.0, zumindest noch nicht. 2024 ist nicht gleich 1933. Die Unterschiede liegen aber weniger in der Programmatik der beiden Parteien als im historischen Kontext. Die Weimarer Republik stand nicht nur unter Beschuss durch die nationalsozialistische KPD, sondern auch von links, nämlich durch die sozialistische KPD. Diese Gefahr gibt es heute nicht. Der zweite Unterschied: Weimar war eine Republik ohne Republikaner*innen. Heute stehen die meisten Menschen in Deutschland und auch in Thüringen fest auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Vergessen wir nicht: 70 Prozent der Thüringer haben die AfD nicht gewählt. Deutschland ist ein Land, das die Demokratie nicht aufgibt. Die AfD ist ein Verband für jüdische Opfer- und Informationsarbeit, der LOBBI e.V., Landesweite Opferberatung „Support für Betroffene rechter Gewalt“ (SLG) in Thüringen, Sachsen-Anhalt und Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern) unterstützt und begleitet Menschen, die Opfer rechter Gewalt geworden sind bereits seit 2001.

Dennoch werden oft Stimmen außen vor gelassen, die der rechtsextremen Landnahme trotzen. Denn während die Zahl der menschenfeindlichen Übergriffe steigt, bangen ostdeutsche Beratungsstellen und soziale Träger um ihre Finanzierung und somit Zukunft. Diese Einrichtungen sind wichtige Anlaufstellen für Beratung, sozialen Austausch und schlicht Hilfe für Menschen, die Opfer antisemitischer und rassistischer Gewalt werden. Zwischen Hoffnungslosigkeit und Engagement

Für dieses Falblatt wurden Ende 2024 zahlreiche antisemitismus- und rassismuskritische Initiativen, Gedenkstätten und Vereine in Ostdeutschland für ein Stimmungsbild nach den AfD-Wahlerfolgen angefragt – nur wenige haben die Zeit gefunden zu antworten nicht zuletzt auch sicherlich wegen der unsicheren Finanzierungslage 2025.

Die Etablierung der AfD ebnet den Weg für gewaltbereite, neonazistische Parteien, die vor allem in Ostdeutschland langsam aber sicher an Bedeutung gewinnen. Während die AfD inzwischen unverblümt ihre demokratiefeindlichen Positionen kommuniziert, versucht die Jugendorganisation von *Der Dritte Weg*, *Nationalrevolutionäre Jugend* (NRJ) mittlerweile seit mehreren Jahren mit sogenannten „Schulhofkampagnen“ vor Brandenburger und Berliner Schulen Jugendliche für rechtsextreme Positionen zu begeistern und somit als zukünftige Wähler*innen zu etablieren. Dass diese Offensive bereits Wirkung zeigt, unterstreicht die Altersanalyse der Landtagswahlen 2024. Hier war die AfD die stärkste Kraft bei Jungwähler*innen in Brandenburg, Sachsen und Thüringen.

Der damalige AfD-Bundesvorsitzende Alexander Gauland bezeichnete 2018 den Nationalsozialismus als „Vogelschiss in der deutschen Geschichte“. Mittlerweile findet sich diese Einstellung in den AfD-Wahlprogrammen deutlich wieder: Antisemitismus ist Nebenache, NGOs, „eine Gefahr für die Demokratie“. Gleichzeitig ist die Zahl antisemitischer Vorfälle nach RIAS (*Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus*) auf einem Höchststand. Doch Betroffenenperspektiven und -bedürfnisse, Erinnerungskultur sowie Antisemitismusbekämpfung spielen im Ostdeutschland der AfD keine Rolle.

Nun ist die AfD trotz aller ideologischen Ähnlichkeiten keine NSDAP 2.0, zumindest noch nicht. 2024 ist nicht gleich 1933. Die Unterschiede liegen aber weniger in der Programmatik der beiden Parteien als im historischen Kontext. Die Weimarer Republik stand nicht nur unter Beschuss durch die nationalsozialistische KPD, sondern auch von links, nämlich durch die sozialistische KPD. Diese Gefahr gibt es heute nicht. Der zweite Unterschied: Weimar war eine Republik ohne Republikaner*innen. Heute stehen die meisten Menschen in Deutschland und auch in Thüringen fest auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Vergessen wir nicht: 70 Prozent der Thüringer haben die AfD nicht gewählt. Deutschland ist ein Land, das die Demokratie nicht aufgibt. Die AfD ist ein Verband für jüdische Opfer- und Informationsarbeit, der LOBBI e.V., Landesweite Opferberatung „Support für Betroffene rechter Gewalt“ (SLG) in Thüringen, Sachsen-Anhalt und Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern) unterstützt und begleitet Menschen, die Opfer rechter Gewalt geworden sind bereits seit 2001.

Dennoch werden oft Stimmen außen vor gelassen, die der rechtsextremen Landnahme trotzen. Denn während die Zahl der menschenfeindlichen Übergriffe steigt, bangen ostdeutsche Beratungsstellen und soziale Träger um ihre Finanzierung und somit Zukunft. Diese Einrichtungen sind wichtige Anlaufstellen für Beratung, sozialen Austausch und schlicht Hilfe für Menschen, die Opfer antisemitischer und rassistischer Gewalt werden. Zwischen Hoffnungslosigkeit und Engagement

Für dieses Falblatt wurden Ende 2024 zahlreiche antisemitismus- und rassismuskritische Initiativen, Gedenkstätten und Vereine in Ostdeutschland für ein Stimmungsbild nach den AfD-Wahlerfolgen angefragt – nur wenige haben die Zeit gefunden zu antworten nicht zuletzt auch sicherlich wegen der unsicheren Finanzierungslage 2025.

Die Etablierung der AfD ebnet den Weg für gewaltbereite, neonazistische Parteien, die vor allem in Ostdeutschland langsam aber sicher an Bedeutung gewinnen. Während die AfD inzwischen unverblümt ihre demokratiefeindlichen Positionen kommuniziert, versucht die Jugendorganisation von *Der Dritte Weg*, *Nationalrevolutionäre Jugend* (NRJ) mittlerweile seit mehreren Jahren mit sogenannten „Schulhofkampagnen“ vor Brandenburger und Berliner Schulen Jugendliche für rechtsextreme Positionen zu begeistern und somit als zukünftige Wähler*innen zu etablieren. Dass diese Offensive bereits Wirkung zeigt, unterstreicht die Altersanalyse der Landtagswahlen 2024. Hier war die AfD die stärkste Kraft bei Jungwähler*innen in Brandenburg, Sachsen und Thüringen.

Der damalige AfD-Bundesvorsitzende Alexander Gauland bezeichnete 2018 den Nationalsozialismus als „Vogelschiss in der deutschen Geschichte“. Mittlerweile findet sich diese Einstellung in den AfD-Wahlprogrammen deutlich wieder: Antisemitismus ist Nebenache, NGOs, „eine Gefahr für die Demokratie“. Gleichzeitig ist die Zahl antisemitischer Vorfälle nach RIAS (*Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus*) auf einem Höchststand. Doch Betroffenenperspektiven und -bedürfnisse, Erinnerungskultur sowie Antisemitismusbekämpfung spielen im Ostdeutschland der AfD keine Rolle.

Nun ist die AfD trotz aller ideologischen Ähnlichkeiten keine NSDAP 2.0, zumindest noch nicht. 2024 ist nicht gleich 1933. Die Unterschiede liegen aber weniger in der Programmatik der beiden Parteien als im historischen Kontext. Die Weimarer Republik stand nicht nur unter Beschuss durch die nationalsozialistische KPD, sondern auch von links, nämlich durch die sozialistische KPD. Diese Gefahr gibt es heute nicht. Der zweite Unterschied: Weimar war eine Republik ohne Republikaner*innen. Heute stehen die meisten Menschen in Deutschland und auch in Thüringen fest auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Vergessen wir nicht: 70 Prozent der Thüringer haben die AfD nicht gewählt. Deutschland ist ein Land, das die Demokratie nicht aufgibt. Die AfD ist ein Verband für jüdische Opfer- und Informationsarbeit, der LOBBI e.V., Landesweite Opferberatung „Support für Betroffene rechter Gewalt“ (SLG) in Thüringen, Sachsen-Anhalt und Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern) unterstützt und begleitet Menschen, die Opfer rechter Gewalt geworden sind bereits seit 2001.

Dennoch werden oft Stimmen außen vor gelassen, die der rechtsextremen Landnahme trotzen. Denn während die Zahl der menschenfeindlichen Übergriffe steigt, bangen ostdeutsche Beratungsstellen und soziale Träger um ihre Finanzierung und somit Zukunft. Diese Einrichtungen sind wichtige Anlaufstellen für Beratung, sozialen Austausch und schlicht Hilfe für Menschen, die Opfer antisemitischer und rassistischer Gewalt werden. Zwischen Hoffnungslosigkeit und Engagement

Für dieses Falblatt wurden Ende 2024 zahlreiche antisemitismus- und rassismuskritische Initiativen, Gedenkstätten und Vereine in Ostdeutschland für ein Stimmungsbild nach den AfD-Wahlerfolgen angefragt – nur wenige haben die Zeit gefunden zu antworten nicht zuletzt auch sicherlich wegen der unsicheren Finanzierungslage 2025.

Die Etablierung der AfD ebnet den Weg für gewaltbereite, neonazistische Parteien, die vor allem in Ostdeutschland langsam aber sicher an Bedeutung gewinnen. Während die AfD inzwischen unverblümt ihre demokratiefeindlichen Positionen kommuniziert, versucht die

Anstieg rechter Gewalt 2019 / 2023
in Angriffen: △ 2019 | ▲ 2023

Anstieg antisemitischer Gewalt 2019 / 2023
in Vorfällen: ▲ 2019 | ▲ 2023

* = Straftaten

Quellen: RIAS e.V., DIA, MV, VBRG e.V.,
Miteinander e.V., RAA Sachsen e.V., IDZ,
LOBBI e.V., Landespolizei Mecklenburg-
Vorpommern, Verfassungsschutz
Sachsen-Anhalt, Die Linke Thüringen,
Kulturministerium Sachsen



Bildungs- und Aktionswochen
gegen Antisemitismus

AMADEU
ANTONIO
STIFTUNG

Rechtsextreme Raumnahme führt zu rechter Gewalt

Anstieg rechter sowie antisemitischer Vorfälle 2019 und 2023

»Als Juden*Jüdinnen in Ostdeutschland beobachten wir mit Sorge den Aufstieg der AfD und die wachsende Sichtbarkeit von Nazis, z.B. mit Symbolen wie der »Schwarzen Sonne«. Unsere Sicherheit ist gefährdet, und demokratische Förderprogramme könnten wegfallen – besonders in ländlichen Regionen, wo sie dringend nötig sind. Viele jüdische Menschen werden zudem aus linken Räumen ausgeschlossen, was Netzwerke erschwert. Es braucht mehr Programme gegen Antisemitismus und klare Signale, wie die IHRA-Definition anzuerkennen. Ohne Schutz droht Isolation oder Auswanderung.«

»Der Kommunalwahlsieg der AfD in Mecklenburg-Vorpommern zeigt die wachsende Normalisierung rechtsextremer Positionen und die Auswirkungen auf die Gesellschaft und insbesondere auf von rechtsextremer Gewalt Betroffene. Es braucht jetzt eine klare Abgrenzung, entschlossenes Vorgehen gegen rechte Netzwerke, langfristige Unterstützung demokratischer Initiativen und politische Bildung mit Haltung.«

Jüdische Allianz
Mitteldeutschland

LOBBI e.V.

»Mit großer Sorge blicken wir auf die hohen Zustimmungswerte und die Wahlerfolge der AfD – nicht nur in Sachsen. Für die kommenden Jahre ist davon auszugehen, dass die AfD durch wachsende parlamentarische Machtspielräume Einfluss auf die sächsische Erinnerungs- und Gedenkpolitik nehmen und die Arbeit vieler Akteur*innen, Vereine und Initiativen auch in diesem Bereich erschweren bzw. verhindern wird. In einzelnen Fällen macht sich dies bereits jetzt bemerkbar, bspw. wenn die AfD ihre Stimmen in Gremien dazu nutzt, um Akteur*innen der historisch-politischen Bildungsarbeit den Zugang zu Fördermitteln zu erschweren und sie damit teilweise arbeitsunfähig macht.«

»Statt einer chauvinistischen Politik, die marginalisierte Gruppen gegeneinander ausspielt und die Gesellschaft aufwiegelt, benötigen wir ein klares Bekenntnis zu Demokratie und Menschenrechten für alle. Die nachhaltige Finanzierung von Beteiligungs-, Bildungs-, Kultur- und Sozialprogrammen muss unabhängig von den Wechselfällen der Tagespolitik gewährleistet sein. Nur so kann dem Umsichgreifen rechtsextremer Raum- und politischer Einflussnahme Einhalt geboten werden.«

»Der Landtagswahlsieg 2024 der AfD hat das gesellschaftliche Klima verändert. In Gesprächen mit Bekannten und Nachbarn wird häufiger über nationalistische, rassistische und antisemitische Positionen gesprochen, als wären sie normal. Von der Regierung erwarte ich eine klare Strategie gegen die extreme Rechte und ein Landesdemokratiefördergesetz, das unsere Arbeit gegen demokratiefeindliche Phänomene stärkt.«

»Die AfD konsolidierte sich mit beachtlichen Erfolgen bei den Wahlen in den ostdeutschen Bundesländern als Volkspartei. Damit gewinnen revisionistische Kräfte an Einfluss. AfD-Funktionär*innen relativieren offen den Nationalsozialismus, wollen die kritische Auseinandersetzung damit beenden und bedrohen Engagierte. Komplettiert wird die Agenda durch die selbstbewusste Themensetzung von Rechts in der Erinnerungskultur.«



Gedenkstätte für
Zwangsarbeit Leipzig

IDZ

Sächsische Landesarbeitsgemeinschaft
Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus
(sLAG)

Opferberatung „Support für Betroffene rechter
Gewalt“ mit Bündnis gegen Antisemitismus in
Dresden und Ostsachsen